



07.02.13, 13.00 Uhr

Titel: LA Dinkhauser: SPÖ muss für Gesetz zur Rückübertragung stimmen, sonst verkauft sie Volk für dumm!

Utl: Liste Fritz – Bürgerforum Tirol warnt SPÖ und ÖVP vor polittaktischen Spielchen

Nachdem die Opposition schon über genügend Stimmen für einen Sonderlandtag verfügt will nun auch die SPÖ einem Sonderlandtag zustimmen. Und sie kündigt an, dem Dringlichkeitsantrag für ein Gesetz zur Rückübertragung des Gemeindegutes die Dringlichkeit zu geben. Opposition und SPÖ zusammen verfügen aber nur über 20 Stimmen und für die dringliche Behandlung im Sonderlandtag braucht es 24 Abgeordneten-Stimmen. Der Dringlichkeitsantrag wandert dann in die Landtagsausschüsse, wo er ausgesetzt werden kann. All das, weiß auch die SPÖ.

„Die Botschaft der SPÖ hör ich wohl, allein mir fehlt der Glaube. Allein entscheidend ist, ob die SPÖ für das Gesetz zur Rückübertragung des Gemeindegutes stimmt oder weiterhin gegen die Rückübertragung ist. Die Nagelprobe für die SPÖ heißt 'Gesetz im Landtag umsetzen, nicht im Landtagsausschuss aussetzen'! Die SPÖ muss zeigen, ob sie es fürs Volk ehrlich meint oder ob sie mit gezinkten Karten spielt. Taktische Politspielchen haben die Bürger satt. Denn das Ja der SPÖ zum Sonderlandtag und ihr Ja zur Dringlichkeit für eine Gesetzesvorlage bedeuten noch kein Ja zum Gesetz an sich. Ich kann die SPÖ daher nur warnen, das Tiroler Volk nicht für dumm zu verkaufen, indem man für den Sonderlandtag ist und dann – weil ja leider die ÖVP nicht mitzieht – nicht für das Gesetz stimmt“, stellt LA Fritz Dinkhauser klar.

Für die Liste Fritz – Bürgerforum Tirol stehen jetzt die ÖVP und besonders die fünf ÖVP-Bürgermeister, die im Tiroler Landtag sitzen, noch mehr in der Pflicht. Meint es die SPÖ ernst und hält sie Wort, dann liegt es an ihnen, ob die Tiroler Gemeinden nach 30 Jahren Agrarrecht endlich zu ihrem Recht und zu ihrem Vermögen kommen.

„Da zeigen sich dann die wahren Schuldigen. Es liegt an fünf ÖVP-Bürgermeistern, die angeblich das Volk in den Gemeinden vertreten und es im Landtag beim Agrarrecht aus reinen polittaktischen Motiven regelmäßig verraten. Die fünf ÖVP-Bürgermeister, Eva Posch, Andreas Köll, Anton Mattle, Heinrich Ginther und Jakob Wolf müssen Farbe bekennen, ob sie als Volks- und Gemeindevertreter oder als reine Parteienvertreter agieren. Es wird sich zeigen, ob die Allmacht der ÖVP über die vom Volk direkt gewählten Bürgermeister obsiegt oder die Vernunft, das Unrecht Agrargemeinschaft, das einige wenige Privilegierte bevorzugt, aber die Mehrheit der Bürger schädigt, endlich zu beenden. Der Sonderlandtag, der Landtagsausschuss und der März-Landtag bekommen politische Brisanz!“, erklärt LA Fritz Dinkhauser.

Für Rückfragen:

Mag. Markus Sint, Leiter fritzmedienservice & kommunikation

tel: 0512/561166-30, h: 0676/5449344, mail: markus.sint@liste-fritz.at, internet: www.listefritz.at